

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0568/2019
Amt/Aktenzeichen 80/80.03	Datum 21.03.2019	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	11.04.2019	Ö
Stadtrat	Entscheidung	17.04.2019	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 1074/2018 - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP; hier: Möglichkeiten zur Verbesserung der Internetbreitbandversorgung in Mainz erkennen und nutzen
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 22.03.2019 gez. Manuela Matz Beigeordnete
Mainz, 29.03.2019 gez. Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die städtischen Gremien nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Der Antrag wird in einem Jahr mit Aktualisierung erneut vorgelegt.

- Vom Stadtrat wurde im Rahmen des oben genannten Antrags beschlossen, dass die Verwaltung
- eine Bestandsaufnahme bezüglich der unterversorgten Bereiche im Mainzer Stadtgebiet erstellen soll,
 - eine Modernisierungsstrategie zu erarbeiten, eine Kostenübersicht über geplante Maßnahmen zu erstellen, sich über mögliche Förderungen durch Bund und Land zu informieren sowie
 - regelmäßig über die Entwicklung berichten soll.

Darüber hinaus stellt die Verwaltung den Gremien ein erstes **Zwischenergebnis der Breitbandstudie 2018** den angeforderten Informationen voran.

Die Wirtschaftsförderung Mainz hat im Jahr 2018 die Einschätzung der aktuellen Breitbandversorgung und den künftigen Bedarf der Mainzer Unternehmen erhoben. Die flächendeckende Verfügbarkeit leistungsfähiger Datennetze ist für viele Unternehmen wichtig und ein elementarer Standortfaktor. Deshalb hatte L-Q-M Marktforschung GmbH bereits 2014 für die Stadt Mainz eine Unternehmensbefragung zur Breitbandversorgung durchgeführt. Damals wurden 234 Unternehmen online und telefonisch befragt. Seitdem gab es viele Aktivitäten zur Verbesserung der Breitbandversorgung, z. B. auch die Neugründung der Mainzer Breitband GmbH, einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke Mainz. Im Zuge der Digitalisierung scheinen aber auch die Erwartungen an die Breitbandversorgung gestiegen zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist es für die Wirtschaftsförderung Mainz von großer Bedeutung zu wissen, wie die Unternehmen den Stand der Breitbandversorgung heute einschätzen, was sich seit 2014 verbessert hat und wo weitere Potenziale liegen. Die Ergebnisse über die Einschätzung der Unternehmen zur aktuellen Versorgung in Mainz bilden die Basis für die nächsten Schritte und liefern nicht nur der Landeshauptstadt Mainz, sondern auch den mit dem Ausbau beauftragten Anbietern, wertvolle Hinweise über die Anforderungen der Unternehmen am Wirtschaftsstandort Mainz.

Breitbandstudie (12/2018)

In der Stellungnahme zum Antrag wurde im Juni 2018 auf die Breitbandstudie verwiesen. Zum Abschluss dieser Studie steht noch das Markterkundungsverfahren aus, welches ein sehr aufwendiges Procedere erfordert. Trotzdem sind einige Informationen aus der Unternehmensbefragung mittlerweile eingegangen, über die wir informieren möchten:

Teilnehmende Unternehmen: Insgesamt hatten 191 Mainzer Unternehmen an der Online-Befragung durch den beauftragten Dienstleister teilgenommen. Das entspricht einer Rücklaufquote von 11%. Ursache für die höhere Teilnahmebereitschaft als an der Online-Befragung 2014 (133 Unternehmen) könnte die bessere Ansprache durch die Adressdatenbank der Wirtschaftsförderung Mainz sein oder aber auch das deutlich gesteigerte Interesse am Thema Breitband.

Zufriedenheit mit den Standortfaktoren allgemein: Die Zufriedenheit mit dem Unternehmensstandort Mainz entspricht knapp einem kommunalen Vergleich. 70% sind sehr oder eher zufrieden. 24 % antworten mit „teils/teils“, 10% sind eher bzw. sehr unzufrieden. Ähnlich ist die Antwortverteilung bei der Frage nach dem Image. Deutlich in der Kritik stehen die Verkehrsanbindung, die Breitbandversorgung und das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften. Insbesondere letzteres ist auch in anderen Kommunen ein Standortfaktor, der häufig kritisch bewertet wird. Diesen Faktoren gegenüber steht die Lebensqualität als deutlicher Standortvorteil. Der Zeitvergleich zeigt, dass die Lebensqualität 2018 besser bewertet wird, als 2014, obwohl die Verkehrsanbindung und die Breitbandversorgung 2018 schlechter abschneiden.

Aktuelle Nutzung des Internets: Der Internetzugang, WLAN/LAN und eine eigene Homepage gehören bei den Befragungsteilnehmern einer Online-Befragung zur Standardausstattung. Knapp 60% übermitteln aber auch größere Datenmengen und nutzen VPN. 31% der Befragten geben an, eine eigene Standleitung zu haben. Auf die Frage nach der Hauptversorgung für den Internetzugang nennen jedoch nur 4% die eigene Standleitung. DSL/VDSL werden hingegen von 55% der an der Befragung teilnehmenden Betriebe genannt. Es folgen Glasfaser (16%) und Kabelanschluss (8%). Im Zeitvergleich mit 2014 zeigt sich ein deutlicher Trend weg von DSL/VDSL (-15%) und ISDN (-7%), hin zu Glasfaser (+11%) und Kabel (+5%). Der am häufigsten genutzte Provider ist mit 48% die Telekom, gefolgt von Vodafone (17%) und Versatel (16%).

23% der Unternehmen liegen mit ihrer vertraglich vereinbarten Übertragungsrate im Download bei 30 Mbit/s und weniger. Am häufigsten genannt wird die Kategorie „bis 50 Mbit/s“ (35%). 11% der Unternehmen haben bereits Verträge mit über 100 Mbit/s. Die Zufriedenheit mit dem Internetzugang ist in allen Teilbereichen gering. Mit der Geschwindigkeit und dem Preis-Leistungs-Verhältnis ihrer Internetverbindung sind die Befragten besonders unzufrieden. Aber auch die Verbindungsqualität ist für viele Unternehmen noch nicht ausreichend (Anmerkungen hierzu siehe unten).

Anforderungen an den Internetzugang: Bei nur 34% der Unternehmen entspricht die aktuelle Übertragungsbandbreite ihren Anforderungen. Als Folgen werden Verzögerungen in der Arbeit und längere Wartezeiten für Kunden genannt. Einige Unternehmen ziehen angeblich sogar die Abwanderung in Betracht. Im Jahr 2014 konnte die Übertragungsbandbreite noch die Anforderungen von 43% der Unternehmen erfüllen, möglicherweise aufgrund geringerer Anforderungen. Etwas relativiert wird dieses Ergebnis, wenn man die benötigten Übertragungsraten analysiert. Etwa die Hälfte der Unternehmen, deren Internetübertragungsrate nicht oder nur teilweise den Anforderungen genügt, wissen nicht welche Übertragungsraten sie benötigen. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass sich viele Unternehmen, trotz bestehender Unzufriedenheit, bisher nicht mit der Thematik beschäftigt haben. Trotz allem planen 46% aller Unternehmen einen neuen Vertragsabschluss innerhalb der nächsten 12 Monate. Weitere 25% sind sich noch unsicher. Die erwarteten Kosten sind sehr unterschiedlich.

Fazit: Letztendlich hat die Befragung die Einschätzung untermauert, dass in Mainz flächendeckend Handlungsbedarf im Bereich der Breitbandversorgung besteht. Die Unternehmen kritisieren die Infrastruktur als Ganzes. Sowohl die Verbindungsqualität, das Preis-Leistungsverhältnis, als auch die Geschwindigkeiten werden bemängelt. Und nur ein Drittel aller Unternehmen, die sich an der Befragung beteiligt haben, hat einen Vertrag mit einem Provider abgeschlossen, der den Anforderungen genügt. Möglich ist, dass hauptsächlich unzufriedene Unternehmen am Thema interessiert sind, und diese sich deshalb überproportional häufig an der Befragung beteiligt haben. Die Wirtschaftsförderung bzw. die Mainzer Netze könnten z.B. den Mainzer Unternehmen mit Informationen, Hilfe und attraktiven Angeboten zur Seite stehen. Darüber hinaus müssen grundsätzlich Möglichkeiten für die Unternehmen geschaffen werden, an größere Bandbreiten zu gelangen. Hierbei könnte die Wirtschaftsförderung als Ansprechpartner fungieren, der Kontakte zwischen den Unternehmen herstellt, damit diese gemeinsam gegenüber den Providern aus einer besseren Position heraus verhandeln können.

Die Verwaltung informiert im Rahmen des Stadtratbeschlusses wie folgt:

Bestandsaufnahme der unterversorgten Bereiche: Wie aus den zur Verfügung stehenden Informationen hervorgeht, sind im Laufe der letzten Jahre große Bereiche der Breitbandversorgung im Mainzer Stadtgebiet ausgebaut worden. Hierbei handelt es sich um einen ständig laufenden Prozess der im Wechselspiel von verbessertem Angebot und steigenden Erwartungen, die Anforderungen temporär deckt, danach möglicherweise die Erwartungen eine Zeitlang eher nicht ausreichend erfüllen kann, „vice versa“. Zu Beginn der Ausbaudiskussion wurde eine flächendeckende

Versorgung von mindestens 16 MBit/s als unbedingt notwendig erachtet. Schon im Zuge der Realisierung dieser Datenrate kam die Notwendigkeit zu einer höheren Versorgung ins Gespräch, woraus als nächstes Ziel die (landesweite) Versorgung mit mindestens 50 MBit/s festgeschrieben wurde. Diese Versorgung kann heute flächendeckend mit unterschiedlichen technischen Lösungen, z.B. auch Hybridtechnik (Kombination von Festnetz und Mobilfunk), erreicht werden. Allerdings geht die Entwicklung weiter, sodass heute eine Versorgung von 100 bis 250 MBit/s als erstrebenswert angesehen wird, dies vor dem Hintergrund, dass - mit Stand der Technik heute - Datenraten von 1Gbit/s technisch machbar und sinnvoll sind. Aus diesem Wechselspiel heraus, kann die Verwaltung mit diesem Sachstandsbericht eine Momentaufnahme liefern, die mit Daten belegt werden, die zum Zeitpunkt ihrer Verarbeitung möglicherweise bereits einen Teil ihrer Aktualität eingebüßt haben.

Folgende Gebiete innerhalb der Stadt Mainz mit einer Datenrate kleiner als 16MBit/s sind laut Breitbandatlas derzeit bekannt:

(Abkürzungen: EFH = Einfamilienhaus, WE = Wohneinheiten, GE = Gewerbeeinheiten)

Altstadt: Brandzentrum, Quintinsstraße (teilweise), östl. Ende der Betzelsstraße, Staatstheater, Baublock rund um Kaufhaus Müller (Schusterstraße) sowie von Korbgrasse über die Markthäuser und Sinn Leffers bis zum Dom.

Bretzenheim: keine Unterversorgung

Drais: keine Unterversorgung

Ebersheim: Östl. Hälfte An der Wiese/Fritz-Fuchs-Weg, ca. 25 EFH; 1 Aussiedlerhof und ca. 20 EFH in der Nordhäuser Straße.

Finthen: Am Katzenberg (4 Wohnblocks) über Dahlienweg bis an die Aubachstraße (gesamt ca. 50 WE + 100 EFH); Aussiedlerhof Weyer

Gonsenheim: Immelmannstraße, Manfred-von-Richthofen-Straße, An der Krim, nördl. Ende Kurt-Schumacher-Straße (ca. 70 EFH + 300 WE)

Hartenberg-Münchfeld: Am Lungenberg (18 EFH), 1 Gebäude in der Jakob-Steffan-Straße (30 WE)

Hechtsheim: Ludwig-Strecker-Straße (8 EFH), Robert-Bosch / Robert-Koch-Str. (TüV und Autohaus Scherer); Aussiedlerhof Stauder (Reitstall)

Laubenheim: Kalkofenweg (1 EFH), Oppenheimer Straße (2 GE), Dammweg (2 GE) alle schlechter als 6 MBit/s, 8 weitere GE 6 – 16 MBit/s!

Marienborn: keine Unterversorgung

Mombach: Rund um Kreuzung Hattenbergstraße/Mombacher Straße (ca. 7 GE), teilweise Hauptstraße 17-19 (Alte Wagonfabrik) und ca. 15 Gebäude im unmittelbaren Nahbereich; östl. Ende der Industriestraße (ca. 10 GE); Ingelheimer Aue ab Eisenbahnbrücke komplett; Fa. Autohaus Heinz mit Nebengebäuden

Neustadt: keine Unterversorgung

Oberstadt: Untere Zahlbacher Straße (ehem. Moguntia Gewürzmühle); Weisenauer Straße (zw. Karl-Weiser-Str. und Stephan-Karl-Michel-Str.). Hier ist im Straßenverlauf Breitband vorhanden, jedoch sind keine Hausanschlüsse verlegt.

Weisenau: keine Unterversorgung

Modernisierungsstrategie, Kostenaufstellung, Förderungen: Von der Verwaltung wurde Kontakt mit einem Unternehmen aufgenommen, das sich auf die Beratung kommunaler Gebietskörperschaften, in diesem sehr komplexen Umfeld, spezialisiert hat. Derzeit wird geprüft, ob mit diesem Dienstleister sowohl im Bereich Erarbeitung einer Modernisierungsstrategie zusammengearbeitet werden kann. Aufgrund der starken Wirtschaftsstruktur in Mainz entfallen, nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Verwaltung, Fördermittel aus den allgemein bekannten Programmen auf Landes-, Bundes- oder Europaebene. Für viele Kommunen in der Region gilt dies entsprechend, da die bereitgestellten Mittel hauptsächlich strukturschwache Regionen vorgesehen sind.

Aus diesem Grund wird auch im Bereich Förderberatung geprüft, ob das oben genannte Unternehmen für die Landeshauptstadt Mainz unterstützend tätig werden kann.

Entwicklung der letzten Monate: Durch die in Mainz aktiven Internetanbieter wurde in den vergangenen Monaten durch interne technische Lösungen sowie zahlreiche Ausbaumaßnahmen (siehe letzter Absatz) in vielen Stadtbezirken die Bandbreite der Internetversorgung deutlich erhöht. So begann im Januar 2019 Vodafone (ehemals Kabel Deutschland) das Netz mit einer Datenrate von bis zu 1Gbit/s zu versorgen. Die Deutsche Telekom deckt mittlerweile laut einer Karte sichtbar über 50 % des Mainzer Stadtgebietes mit Datenraten von 100 -250 Mbit/s ab, bei einer Versorgung von 50 Mbit/s liegt die Abdeckung bei ca. 90 %. Hinzu kommen Anbieter wie die stadtnahe Mainzer Breitband, Witkom und Versatel, die gerade im gewerblichen Bereich ebenfalls Versorgungen bis mindestens 1 Gbit/s, teilweise symmetrisch, das heißt für das Laden (download) und Versenden (upload), anbieten. Industrie, High-Tech-Branche, Medien (SWR und ZDF), Hochschulen und Forschungseinrichtungen bedienen sich meist privater Standleitungen, die noch wesentlich schnellere Datenraten gewährleisten.

Im Rahmen der, wöchentlich im Gebäude der Mainzer Stadtwerke, stattfindenden Koordinierungsrunde (61.04 – Baustellenmanagement) werden regelmäßig die unten folgenden Unternehmen (Auszug, der für das Thema relevanten Akteure) eingeladen, um unter anderem die Grabungsmaßnahmen im Bereich Telekommunikation zu koordinieren. Die mit DigiNetz-Gesetz markierten Beteiligten, sind, aufgrund dieser Rechtsnorm, bei größeren Baumaßnahmen ebenfalls verpflichtet Infrastrukturen für den Breitbandausbau umzusetzen.

- Mainzer Verkehrsgesellschaft (DigiNetz-Gesetz)
- Mainzer Fernwärme GmbH (DigiNetz-Gesetz)
- Mainzer Breitband (Telekommunikation)
- KMW – Gastransport (DigiNetz-Gesetz)
- Versatel (Telekommunikation)
- Deutsche Telekom AG (Telekommunikation)
- Vodafone Kabel Deutschland (Telekommunikation)
- Wirtschaftsförderung
- Wirtschaftsbetrieb (DigiNetz-Gesetz)
- Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH (DigiNetz-Gesetz)
- WiTCOM (Telekommunikation)

Gespräche des Wirtschaftsdezernats: Das Wirtschaftsdezernat führt regelmäßig mit den Vertretern der Telekommunikationsunternehmen Gespräche, um abzuklären welche strategischen Entscheidungen im Netzausbau anstehen und bei dieser Gelegenheit eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse der städtischen Seite zu erreichen.